



Antragsteller: UCI/FDP; SPD; B90/DIE GRÜNEN; DIE LINKE.

Antragsdatum:

06. April 2022

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen		<input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss	20.04.2022
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten		<input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung	27.04.2022
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten		<input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile	
		<input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	

Antragsgegenstand:

Kita-Rechtsreform fortsetzen

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebuz fordert die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen auf, den Prozess zur umfassenden Reform des Brandenburger Kita-Rechts umgehend fortzusetzen und abzuschließen.

Begründung:

Seit Monaten arbeiten Vertreter der Kommunen, der Eltern, der Träger und des Landes an einer dringend notwendigen umfassenden Reform des Kita-Rechts in Brandenburg. Ziele dieser Reform sind unter anderem eine höhere Rechtssicherheit, die Definition von gemeinsamen Standards und eine deutliche Entbürokratisierung. Damit würden alle Beteiligten von einer solchen Reform im erheblichen Maße profitieren. Eine Absage oder Verschiebung dieser Reform verschärft hingegen verschiedene Probleme des Kita-Rechts in unserem Land.

Die geplante umfassende Kita-Rechtsreform zählt zu den im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Vorhaben der Landesregierung. Der Landkreistag hat in einem Schreiben zur Kita-Rechtsreform der Landesregierung mitgeteilt, dass die für die Begleitung und Umsetzung dieser Reform des Kindertagesstättenrechts notwendigen Ressourcen derzeit in den Landkreisen bzw. den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe nicht zur Verfügung stehen.

Allerdings sind die Abstimmungen in den Arbeitsgruppen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens beendet und im Ministerium die Arbeit am Gesetz bereits weit fortgeschritten. Somit ist die Absage an die Weiterführung des Vorhabens nicht nachvollziehbar.

Beschlussniederschrift

Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:
Anzahl der **Ja**-Stimmen:
Anzahl der **Nein**-Stimmen:
Anzahl der **Stimmenthaltungen**: